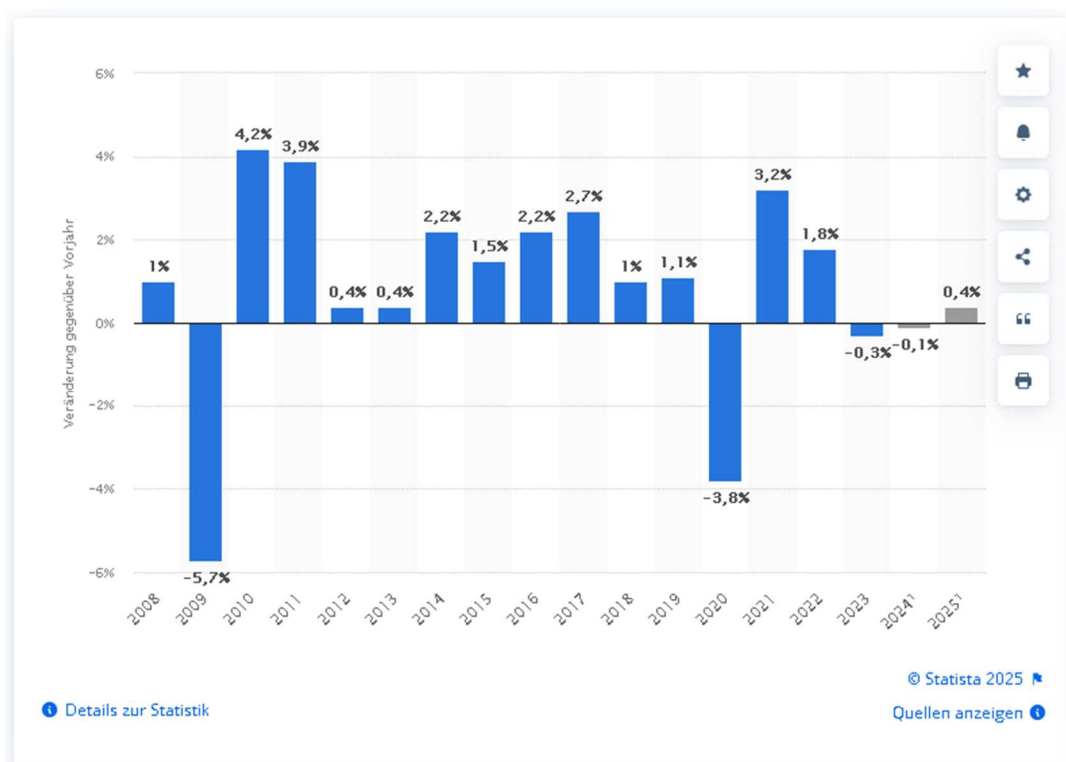


Zusammenfassung

Haltung Bund der Steuerzahler in Bayern e.V. zum Sondervermögen und der Aufweichung der Schuldenbremse

- Alleine die **Wortwahl „Sondervermögen“ ist irreführend.**
→ Bitte das Kind beim Namen nennen: Es sind Sonderschulden!
- Aktuelle **Entwicklung ist Anlass zu großer Sorge!**
→ 500 Mrd. Euro Sondervermögen und
400 Mrd. bis 1.000 Mrd. Euro Verteidigungsausgaben
→ **In Summe: 1.500 Mrd. (1 Bn!) Euro zusätzliche Schulden**
Es droht ein wahrer Schuldenexzess
→ Zinslast dann pro Jahr 70-80 Mrd. Euro, ohne Tilgung,
schon heute muss der Bund 40 Mrd. pro Jahr für seine Altschulden (1,7 Bill.) zahlen
- Der **Staat saugt sich auf Vorrat mit Geld voll**
→ Schon jetzt kommen „gute Vorschläge“, für was alles man jetzt
Geld ausgeben, kein Wort mehr vom Sparen!
- Mit der Reform der Schuldenbremse - auch für die Länder -
wird diese faktisch ausgehebelt! Es besteht kaum mehr Motivation zu sparen.
- Trivial gefragt: **Wer soll das alles bezahlen?**
→ **Kinder haften für ihre Eltern!**
- **Reihenfolge ist falsch, erst** müssten wir:
→ **Einsparpotentiale** und zusätzliche Einnahmen z.B. **Privatisierungen** heben
→ für **mehr Effizienz** bei den Ausgaben sorgen
→ **Tempo bei der Umsetzung** von Infrastrukturprojekten
- **Geld ist nicht das Problem!** Trotz Rezession laufen **Rekord-Steuereinnahmen**
in Höhe von **1.000 Mrd. Euro** (1 Billion)/Jahr zu!
- **Probleme bei der Umsetzung von Projekten werden nicht gelöst!**
Beispiel Sanierung der Bahnstrecken und von Autobahnen. Geld ist schon heute im
Überfluss vorhanden, wir bringen dieses Geld aber nicht auf die Schiene bzw. Straße!
- Viele der geplanten **Ausgaben**, für die jetzt Schulden aufgenommen werden, sind
Kernpflichten des Staates, die deswegen auch über den Bundeshaushalt abgebildet
werden müssten.
- **Trickserei bei den Verteidigungsausgaben!**
→ Vorgabe der NATO sind 2% des BIP für nationale Verteidigungsausgaben
→ Rechnung: BIP D: 4.300 Mrd. Euro
2% NATO-Vorgabe für D: 86 Mrd. Euro Verteidigungsausgaben .
→ aktuell waren im Bundeshaushalt rd. 54.Mrd. Euro für Verteidigung vorgesehen
→ Künftig werden nur noch 1% der Ausgaben in der Schuldenbremse erfasst,
alles über 43. Mrd. Euro zählt nicht mehr
→ durch diesen Trick werden im Haushalt pro Jahr 43 Mrd. Euro
für andere Zwecke frei
- **Gefahr: Keine Deckelung** bei den Schulden für Verteidigung!
- **Gefahr: Spätere „Umwidmung“ bei den Schuldenermächtigungen!**

- **Versprechen keine Steuern zu erhöhen, Steuerbelastungen zu senken!**
 → **Exzessives Wachstum** in den nächsten 10 Jahren **nötig!**
 → aber: **Woher soll das Wachstum kommen?**



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1108249/umfrage/corona-prognose-zum-bip-von-deutschland-in-verschiedenen-szenarien/>

- In den letzten 16 Jahren in Summe nur +13,6% Wachstum in D, im Schnitt liegen wir bei +0,85% Wachstum pro Jahr
- für 2025: Wachstum Deutschland auf 0,3% nach unten korrigiert!
- **Nur, um die Schulden bedienen zu können** brauchen wir in Summe rund **20% Wachstum!**

- **Steuerspirale nach oben droht!**
 → **Massive Steuer- und Abgabenerhöhungen stehen vor der Tür**
 → „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!“
- **Abwärtsspirale bei Wachstum droht!**
 Eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung wird sicher nicht zu mehr Wachstum führen, das ist mehr als fraglich. Das Gegenteil ist zu erwarten! Was aber, wenn das Wachstum wegen falscher politischer Weichenstellung und mangelndem Reformwillen weiter stagniert und damit die Staatseinnahmen wegbrechen? Hier sehen wir im Dunklen bereits das „Gespenst“ des Lastenausgleichs oder der Wiedereinführung einer Vermögensteuer näherkommen.
- **Null Reserven für die Zukunft!**
 In den „Sonderschulden“ sind keine zusätzlichen Ausgaben für Zahlungen an die E_U (E_U-Verteidigung) oder andere sicher zu erwartende Mehrausgaben enthalten, z.B. für die Energiewende oder die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen/Migranten, um nur zwei Felder zu nennen! Auch keine Reserven für unerwartete Krisen und Herausforderungen, wie beispielsweise bei COVID oder der Energiekrise
- **Mit der Reform der Schuldenbremse - auch für die Länder - wird diese faktisch ausgehebelt**

Noch nie war es so wichtig, die Politik kritisch zu begleiten
und mahnend den Zeigefinder zu erheben!

Denkbare Handlungsalternativen/Empfehlungen

- **Einsparungen** im Haushalt und neue **Prioritätensetzung**
- **Abbau der öffentlichen Verschwendung**
- **Alternative Finanzierungswege** gleichwertig **prüfen**
- **Heben von „stillen Reserven“**, z.B. Privatisierung von Bundesvermögen oder von Teilen der Goldreserven der Bundesbank
- **Erhalt der Schuldenbremse**
 - Setzen und Einhalten von klaren Obergrenzen der Staatsverschuldung!
 - Minimale Verschuldung anstreben, also keine Verschuldung auf Vorrat
- Das **Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit** beachten:
 - Keine Neuverschuldung ohne verbindlichen Tilgungsplan, weder im Haushalt noch in Form von Sondervermögen.
 - die Tilgung muss noch in der kommenden Legislaturperiode 2025 beginnen
 - kurze Kredit-Laufzeit anstreben, maximal 30 Jahre
 - Zweckbindung der aufgenommenen Schulden beachten
 - Transparenz über alle Schulden sowie über deren Tilgung, direkte und indirekte
 - Schulden soweit wie möglich über den Bundeshaushalt und nicht ausgelagert abwickeln
- mehr **auf Wachstum setzen**, statt bevorzugt auf Schulden, also pro-aktive Wirtschaftspolitik
- **Investitionen** und deren **Umsetzung beschleunigen**
„Investitionsbeschleunigungsgesetz“
- **Effizienz- und Gesetzesfolgenprüfung** von staatlichen Ausgaben
- **Militärische Einsparpotentiale heben:**
 - gemeinsame Rüstungsprojekte und Standards setzen
 - Ziel: Verteidigungsfähigkeit maximieren bei minimalen Kosten
- **Unterstützung/Mittel der Ukraine konditionieren.** Neue Denkansätze diskutieren. Aufteilung der Hilfen für die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine in nicht-rückzahlbare und rückzahlende Leistungen.
 - nicht-rückzahlbare Direktzahlungen und Lieferung (militärischer) Güter
 - rückzahlende Leistungen, Finanzhilfen und Lieferung (militärischer) Güter:
z.B. durch Kriegswirtschaft, also Gegengeschäfte und Lieferung von Waren;
Dienstleistungen der Ukraine oder Rechte an Rohstoffen (z.B. seltene Erden);
Verträge für den Wiederaufbau der Ukraine und rückzahlende Kredite

München, 20. März 2025

Rückfragen:

Bund der Steuerzahler in Bayern e.V.

Michael Jäger, Rolf von Hohenhau

Nymphenburger Str. 118

806 München

Tel. 089 126008-0

Mail: info@steuerzahler-bayern.de